«Wir müssen Strom importieren»

BERN. Gaskraftwerke wären ein Fehler, findet Nick Beglinger, Präsident des Wirtschaftsverbands Swisscleantech. Potenzial liege in der Sonnenenergie. Höhere Strompreise seien in Kauf zu nehmen.

INTERVIEW: MARCELLO ODERMATT

Herr Beglinger, der Bundesrat wälzt Pläne, die Energiewende mit vier bis sechs Gas-Dampf-Kombi-Kraftwerken zu überbrücken. Überrascht?
Nick Beglinger: Sollten diese Pläne, die noch nicht offiziell bestätigt sind, stimmen, sind wir sehr überrascht. Setzt der Bund auf vier bis sechs grosse Gas-Dampf-Kombi-Kraftwerke, favorisiert er weiter zentrale Grosskraftwerke. Das wäre völlig falsch. Wenn überhaupt Gas nötig sein muss, dann via dezentrale, kleine Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen, bei denen die Abwärme unmittelbar genutzt werden kann. Bei grossen, zentralen Kraftwerken ist dies nur beschränkt möglich. Zudem stört der enorme CO_2-Ausstoss dieser Kraftwerke. In unserer Cleantechenergie-Strategie zeigen wir, dass wir die Energiewende ohne Gaskraftwerke schaffen. Gegen eins, sozusagen für den Notfall, hätten wir nichts einzuwenden, aber sicher nicht sechs davon.

Doch sonst droht eine Stromlücke?

Wir haben europaweit eine Stromschwemme; die existierenden Gaskraftwerke laufen nur zeitweise und sind oft nicht profitabel. Sollten wir in der Schweiz Strommangel haben, soll man den Strom, nicht das Gas aus dem Ausland importieren. Heute schon sind wir für unsere Energieversorgung in Sachen Öl, Gas, Uran zu 80 Prozent vom Ausland abhängig. Warum also nicht vorübergehend Strom einkaufen?

Atomstrom aus dem Ausland für die Energiewende im Inland?
Wir können Windenergie aus Deutschland oder Frankreich, Solarstrom aus Italien oder Spanien oder Wasserkraft aus Norwegen importieren.

Also kein Problem, 40 Prozent des heutigen Strombedarfs zu ersetzen?
Das sagen wir nicht. Die Energiewende ist kein einfaches Unterfangen. Aber es ist auch nicht einfach, mit dem Risiko Nukleartechnologie zu leben oder hochgradig von Öl, Gas und Uran abhängig zu sein. Unter dem Strich führt die Energiewende zur sicheren, wirtschaftlich attraktiveren Versorgung.

Welcher Weg ist dafür im Inland nötig?
Das grösste Potenzial liegt im Bereich der Solarenergie. Auf unzähligen Dächern im Land könnten viel mehr Solaranlagen gebaut werden, als der Bund annimmt. Die Solarindustrie hat Fortschritte gemacht. Zahlreiche Solarpanels sind 20 bis 40 Prozent günstiger als noch vor ein paar Jahren. Ein Potenzial, wenn auch kleiner, sehen wir beim Wind. Hier ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Windstromanlagen nötig. Mittelfristig hat die Geothermie Potenzial. Ein zentraler Pfeiler ist aber auch mehr Energieeffizienz.

Ist hier ein grosses Sparpotenzial bei steigendem Strombedarf realistisch?
Es stimmt, dass wegen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums bis 2050 mehr Energiedienstleistungen verlangt werden. Im Gebäudebereich dürfte es sich um eine Zunahme von rund 20 Prozent handeln. Diese Energie müssen und können wir viel effizienter zur Verfügung stellen, indem wir isolieren, Ölheizungen mit Wärmepumpen ersetzen. Die Qualität der Heiz- oder Kühldienstleistung ist gleich, nur braucht es dafür viel weniger Energie.

Der Bund will die Förderung der Erneuerbaren verstärken, um das Doppelte auf eine Milliarde. Reicht das?
Die Stossrichtung ist richtig – die offiziellen Detailzahlen kennen wir noch nicht. Wir haben aber das Gefühl, es dürfte noch etwas mehr sein. Die Aufstockung der Beiträge für die kostendeckende Einspeisevergütung soll aber auf alle Fälle geordnet erfolgen. Es braucht auch weiterhin einen Deckel, sonst wäre die Energiewende volkswirtschaftlich nicht vertretbar.

Ist sie angesichts der zunehmenden Subventionen überhaupt vertretbar?
Absolut. Der Atomstrom ist heute nicht günstiger, wie das behauptet wird. Im freien Markt könnte kein AKW realisiert werden. Das geht nur mit politisch limitierten Versicherungssummen – was einer Subvention entspricht.

Aber die Strompreise werden steigen?
Wir gehen davon aus, dass die Preise vorübergehend bis 2040 zwischen 20 und 30 Prozent zunehmen werden. Das müssen wir akzeptieren, weil beim Atomstrom bisher eben falsch gerechnet wurde. Allerdings ist die Erhöhung für Privathaushalte marginal, ein paar Franken pro Monat. Und bei 95 Prozent der Firmen sind die Energiekosten schon heute im tiefen einstelligen Prozentbereich. Für die fünf Prozent Firmen, die als energieintensiv gelten, müssen Ausnahmen gemacht werden.

Bundesrat vor der Energiedebatte

Wie weiter in der Energiepolitik? Nachdem im letzten Jahr Regierung und Parlament unter Eindruck der Katastrophe in Fukushima den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen haben, geht es nun um die Umsetzung. Morgen ist voraussichtlich eine erste Aussprache im Bundesrat geplant. Unbestätigten Medienberichten zufolge soll Energieministerin Doris Leuthard dem Bundesrat den Bau von vier bis sechs grossen Gaskombikraftwerken vorschlagen, um damit die Stromlücke nach der Abschaltung der Atomkraftwerke ab 2020 zu überbrücken. Dieser Vorschlag ist umstritten, weil Gaskraftwerke viel CO_2 ausstossen. Zweiter Bestandteil der Energieperspektiven 2050 ist der Ausbau der Förderinstrumente für die erneuerbaren Energien. Leuthard will dabei die Beiträge für die kostendeckende Einspeisevergütung stufenweise um das Doppelte erhöhen. Ebenso die Subventionen für die energetische Sanierung von Gebäuden. *(mob)*

Das Gaskombikraftwerk, das am alten Standort in Chavalon (Bild) geplant ist, wäre nach den Ideen von Doris Leuthard nur eines von vier bis sechs Kraftwerken dieser Art. Bild: key

IN KÜRZE

Busse belastet Kühne+Nagel

SCHINDELLEGI. Der Logistikkonzern Kühne+Nagel hat im ersten Quartal 2012 einen massiven Gewinneinbruch erlitten. Der Reingewinn sank um 56 Prozent auf 67 Millionen Franken. Dieser Rückgang gründet zum grossen Teil auf einer Kartellbusse der EU über 65 Millionen. Die Margen leiden derzeit aber auch unter den gestiegenen Frachtraten, welche die Reedereien den Logistikunternehmen in Rechnung stellen. Kühne+Nagel reagiert mit einem Einstellungsstopp, um den Bestand von derzeit 63 000 Mitarbeitern zu senken.

Oerlikon stösst Pilatus ab

PFÄFFIKON SZ. Der Industriekonzern Oerlikon trennt sich von seiner Beteiligung an den Pilatus-Flugzeugwerken. Den Anteil von 13,97 Prozent übernehmen Pilatus, die IHAG Holding und J. F. Burkart. Über den Verkaufspreis wurde Stillschweigen vereinbart.

Spanier zahlen 6 Prozent Zins

MADRID. Für das angeschlagene Euro-Land Spanien wird es immer teurer, Kapital aufzunehmen. Die Renditen für spanische Staatsanleihen im richtungsweisenden zehnjährigen Bereich stiegen wieder auf über 6 Prozent. *(sda)*

Strafverfahren gegen UBS in Frankreich

PARIS. Die Staatsanwaltschaft in Paris ermittelt gegen die UBS France wegen Beihilfe zur Steuerflucht. Ausgelöst wurde das Verfahren durch einen anonymen Brief.

STEFAN BRÄNDLE

Eine Sprecherin bestätigte gestern einen Bericht der Wirtschaftszeitung «Les Echos», wonach die Schweizer Bank zunehmend ins Visier der französischen Justiz gerät. Konkret hat die Staatsanwaltschaft am Donnerstag eine strafrechtliche Untersuchung wegen Beihilfe zu Steuerflucht eröffnet. UBS France liess gestern verlauten, man habe von den «Presseinformationen» über eine Verfahrenseröffnung «Kenntnis genommen», könne sie aber «nicht bestätigen», da UBS France bisher nicht selbst informiert worden sei.

Am Ursprung des Verfahrens liegt ein anonymer Brief, den die Bankenaufsicht ACP erhalten hatte. Darin wird die UBS France unzulässiger Werbe- und Verheimlichungsmethoden mit vermögenden Franzosen bezichtigt. Die ACP erstellte einen Bericht und leitete ihn an die Justiz weiter. Die Zollpolizei eröffnete eine Untersuchung. Der Journalist Antoine Peillon erhielt offenbar Wind davon, führte er doch vor Kurzem in einem Buch aus, wie die UBS in Frankreich Spitzensportler, Unternehmer und andere Millionäre zur «Eröffnung oder Verwaltung undeklarierter Konten» anhalte. Letzte Woche präzisierte «Les Echos», die Behörden stützten ihren Verdacht gegen die UBS auf eine «geheime Liste» mit Transaktionen zwischen legalen und undeklarierten Bankkonten.

Härtere Gangart von Hollande?

Die Staatsanwaltschaft geht nun einen Schritt weiter und leitet ein offizielles Strafverfahren ein. Ein Untersuchungsrichter, der mehr Kompetenzen als die Staatsanwaltschaft hat, wird die Ermittlungen leiten. Danach kann er den Antrag stellen, die Bank unter Anklage zu stellen. UBS France würde ein ähnliches Schicksal erleiden wie die amerikanische Schwester, die den US-Behörden eine Kundenliste ausliefern und eine Millionenbusse zahlen musste.

Ob die Behörden jemals so weit gehen werden, dürfte sich im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf entscheiden. Wenn der sozialistische Favorit François Hollande das Rennen gewinnt, will er politisch schärfer gegen die Steuerflucht vorgehen. Da die Staatsanwaltschaft dem Justizministerium untersteht und dieses gegenüber dem Staatspräsidenten weisungsgebunden ist, könnte ein künftiger Präsident wie Hollande die Untersuchung dazu benützen, um auf die politischen Instanzen in Bern einzuwirken.

Bleibt Nicolas Sarkozy Staatschef, würde der Druck geringer ausfallen, zumal der Präsident selbst in die Bettencourt-Affäre verwickelt ist. Dabei geht es nicht nur um Steuerflucht der L'Oréal-Millionenerbin, sondern auch um Vorwürfe der illegalen Parteienfinanzierung gegen das Sarkozy-Lager.

Generell fahren aber seit einiger Zeit alle französischen Politiker eine härtere Tour gegen das Schweizer Bankgeheimnis, das den Fiskus um jährlich 60 bis 100 Milliarden Euro bringt. Paris hat es schon bisher prinzipiell abgelehnt, mit Bern ein bilaterales Steuerabkommen abzuschliessen.

SBB: Neue Züge für Gotthardlinie

BERN. Im Zugverkehr mit Italien zeichnet sich Besserung ab. Die SBB haben die Beschaffung von 29 neuen Triebfahrzeugen ausgeschrieben. Nicht weniger als 800 Millionen Franken wollen sie in diese Flotte investieren. Die Kompositionen sollen dereinst den Nord-Süd-Verkehr auf der Gotthard- und Lötschberglinie garantieren sowie die Anbindung der Schweiz an die grenznahen internationalen Zentren – insbesondere Mailand. Allerdings ist Geduld gefragt: Das erste Fahrzeug des Auftrags soll auf den Fahrplanwechsel 2017 zwischen der Deutschschweiz und dem Tessin verkehren.

Die SBB setzen auf Komfort und Schnelligkeit. Die Triebzüge müssen eine Höchstgeschwindigkeit von mindestens 249 km/h erreichen. Vorgesehen sind Speisewagen, Ruhe-, Familien- und Businesszonen, Steckdosen an allen Sitzplätzen, neue Repeater für guten Handyempfang und WLAN. Bei Doppelführung mit bis zu 400 Metern Länge bieten die Kompositionen rund 70 Prozent mehr Sitzplätze als die heutigen, 230 Meter langen ETR-470-Züge, die im Volksmund immer noch als «Cisalpino-Pannenzüge» bekannt sind. *(lob)*